

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1930

262 (10.11.1930)

Militärdienstzeitfrage in Genf Deutscher Antrag abgelehnt

Genf, 8. Nov. Im vorbereitenden Abrüstungsausschuss wurde heute die im vorigen Jahre vertagte Diskussion über die Dauer der Dienstzeit und ihre Festlegung im Entwurf der Abrüstungskonvention fortgesetzt.

Dem Ausschuss lag auch vom Mai v. J. noch ein Antrag des General Bernstorff vor, der eine Herabsetzung und Beschränkung des jährlichen Truppenkontingents fordert, und zwar derart, daß die hierfür festgelegten Zahlen von keinem der vertragsschließenden Staaten überschritten werden dürfen. Weiter forderte der deutsche Antrag, daß die Ausbildung und Dienstzeit getrennt angegeben werden müßten und daß über die Personen, die ihrer militärischen Dienstpflicht genügt haben, keine Listen mehr geführt werden dürfen.

Der deutsche Antrag wurde nach einer ausgedehnten Debatte, an der sich namentlich die Vertreter der großen Militärmächte beteiligten, von einer großen Mehrheit des Ausschusses abgelehnt.

Die Abstimmung über den nachgehenden ersten Absatz des deutschen Antrages stimmten sechs Delegationen (Deutschland, China, Holland, Norwegen, Schweden und Sowjetrußland) dafür und zwölf dagegen (darunter Frankreich, Italien, Japan, Belgien und die Türkei), während Lord Cecil und Volkskammer mit weiteren acht Delegationen sich der Stimmabgabe enthielten.

Nach der Abstimmung erhob sich Graf Bernstorff noch einmal zu einer kurzen Erklärung, in der er sagte, daß die deutsche Delegation an den Abrüstungskonventionen über die zu dem betr. Artikel noch vorliegenden den Anträge kein Interesse mehr habe.

Der Krieg als Spiel der Generale

Wie im vergangenen Jahre Lettow-Vorbeck, so hat jetzt General Kreh von Kressenstein seinen ehemaligen englischen Feinden in London einen Besuch abgestattet. Kreh von Kressenstein kommandierte im Krieg die türkischen Palästinastruppen gegen eine englische Division. Der deutsche General legte u. a. einen Kranz am großen Londoner Kriegedenkmal nieder. Am Freitagabend fand ein Essen statt, bei dem etwa 120 englische Offiziere anwesend waren. Kreh von Kressenstein hielt eine große Friedensrede und wurde herzlich gefeiert.

Warum wir davon Notiz nehmen? Wenn die Sozialdemokraten und die internationale Arbeiterbewegung unablässig bestrebt sind, dem Frieden zu dienen und ihn zu erhalten, damit das Massenschlachten und Kriege für alle Zeiten aus der Welt geschafft werden, dann werden diese Sozialdemokraten von den Kressensteinern als Vaterlandsverräter bezeichnet. Haben dann aber diese Generale und ihre Anhänger in allen Ländern trotz Sozialdemokratie Europa ins Unheil gestürzt, sind Millionen in die Massengräber gesunken und die Völker Jahrzehnte lang wirtschaftlich erschöpft und ruiniert, dann beziehen die Generale ihre Pensionen, reichen sich die Hände, halten Friedensreden, beschimpfen aber die Sozialisten ihrer Länder weiter und bereiten sich für den neuen Krieg vor.

Keine Umbildung der Macdonald-Regierung

Mit sensationellen Ueberschriften wurde am Samstag in verschiedenen englischen Morgenblättern von einer Umbildung der Labour-Regierung und von einem bevorstehenden Rücktritt Snowdens und zweier anderer Minister berichtet. Als Ursache wurden schwere Differenzen in der Regierung über die Arbeitslosenfrage angegeben. Hierzu erklärt Macdonald: Alle diese Meldungen sind un wahr. Das Kabinett ist sich in der Frage der Arbeitslosenbekämpfung und in den hierzu erforderlichen Maßnahmen einig. Bei all diesen, besonders in der internationalen Presse seit Monaten verbreiteten und periodisch wiederkehrenden Meldungen über den Rücktritt Snowdens ist der Wunsch lediglich der Vater des Gedankens.

Verstärkte Ausländer-Kontrolle in Frankreich

Die französische Regierung will im Anschluß an die Aufdeckung der kommunistisch-antisemitischen Zentrale in Santrouppill gegen unerwünschte Ausländer in Frankreich härtere vorgehen. Alle mißliebigen Ausländer sollen unbefristet ausgewiesen werden, vor allem soll die Kontrolle über die Ausländer, die sich irgend eines Verstoßes gegen die Weisensvorschriften schuldig gemacht haben, verschärft werden. Schließlich will die Regierung eine laufende Statistik über die Kriminalität der Ausländer durchzuführen lassen.

Hoovers schwere Aufgabe

New York, 8. Nov. (Meldung der Bostoner Zeitung.) Die endgültige Fällung der Wahlsergebnisse vom letzten Dienstag haben nun ergeben, daß die Partei Hoovers, die Republikaner, in beiden Häusern des Kongresses eine knappe absolute Mehrheit von je einer Stimme haben. Es stehen im Senat 48 Republikaner 47 Demokraten gegenüber. Dazu kommt ein Senator der Farmer-Labour-Partei. Im Repräsentantenhaus ist das Verhältnis: 218 Republikaner, 216 Demokraten und ein Abgeordneter der Farmer-Labour-Partei.

Reichslandbund und Bombenleger

Der Staat soll sich selbst aufgeben

Der Reichslandbund stellt sich hinter die schleswig-holsteinischen Bombenleger und hinter die, offenen Aufruhr gegen die Geleise betreibenden, ostpreussischen Landwirte. In einem Schreiben an die Reichsregierung fordern die Präsidenten des Reichslandbundes eine Amnestie für die Landwirte von Schleswig-Holstein und Ostpreußen. Die Bombenleger sollen ebenso straffrei ausgehen wie der ostpreuss. Großgrundbesitzer von Weich, der 317 000 M von der Stille bekommen hat und zum Dank dafür einen Aufruhr gegen den Staat betrieb. Würde dem Verlangen des Reichslandbundes stattgegeben, so würde dies die vollständige Kapitulation der Staatsgewalt vor allen gegenwärtigen Schritten aus den Reihen verheerter Bauern bedeuten. Eine Amnestierung der Bombenleger und der Aufrührer von Ostpreußen müßte bedeuten, daß der Staat sich selbst aufgibt.

Das Amnestieverlangen des Reichslandbundes entmerkt gleichzeitig alle Forderungen, die von ihm gestellt werden. Wer sich in dieser Weise hinter Büschel und Aufrührer stellt und den Staat zu serben ludt, der kann nicht beanspruchen, daß seine Programme und Forderungen als solchen Ermäßigungen entsprechende angesehen werden.

Verbot der Palästina-Einwanderung aufgehoben
Die englische Regierung hat das weltweite Verbot der jüdischen Einwanderung nach Palästina aufgehoben. Für die nächsten sechs Monate sind 1500 Einwanderungsgenehmigungen bewilligt worden.

Fassadenkletterer bei Lloyd Georges
London, 8. Nov. (Via Draht.) Einem Fassadenkletterer gelang

Folgenschwerer Schiedspruch

8 Prozent Lohnkürzung für die Berliner Metallarbeiter - Schwache Vertrostungen auf Preisenkungen - Die Begründung eine Aufforderung zur allgemeinen Lohnkürzung

Die Verhandlungen vor dem Schiedsgericht

Die Verhandlungen des Dreimänner-Schiedsgerichts zur Beilegung des Berliner Metallkonflikts, die am Freitag im Reichsarbeitsministerium begannen, brachten zunächst noch einmal Darlegungen der Parteibetreuer. Der Syndikus der Metallindustriellen, Rechtsanwalt Oppenheimer, begründete noch einmal den Antrag auf Abbau der Löhne und Mieten. Er verteidigt die nicht neue Auffassung der Unternehmer, daß eine Gesundung der Wirtschaft nur durch eine generelle Senkung des deutschen Lohnniveaus möglich sei. Der natürliche Verlauf der Krise sei stets der gewesen, daß mit ihr auch eine Senkung der Löhne verbunden gewesen sei. Auch auf dem Arbeitsmarkt müsse das Gesetz von Angebot und Nachfrage sich wieder auswirken können. Oppenheimer konstatierte eine 20-prozentige Lohnsteigerung, die angeblich seit März 1927 in der Berliner Metallindustrie eingetreten sei, während der Reichsindex der Lebenshaltungskosten der gleiche sei, wie im März 1927. Mit besonderem Nachdruck betonte Oppenheimer, daß das Vorgehen der Berliner Metallindustriellen mit dem Finanz- und Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung übereinstimme.

Der Bevollmächtigte des Metallarbeiterverbandes, Ulrich, widerlegte zunächst die Behauptung, daß seit 1927 eine 20-prozentige Lohnsteigerung eingetreten sei. Die Erhöhung der Mieten und Tarife, der Sozialbeiträge usw. sei von Oppenheimer nicht in Rechnung gestellt worden. Das Argument von den niedrigen Löhnen in der Provinz entkräftete Ulrich durch eine Darstellung der tatsächlichen Entlohnung der Metallarbeiter außerhalb Berlins. Die angebliche Übererfüllung mit dem Regierungsprogramm sei ebenfalls nicht zutreffend. Darnach sollen die Beamten und öffentlichen Angestellten bis zu einem Jahresverdienst von 1500 M vom Gehaltsabbau verschont bleiben. Nach dem Willen der Metallindustriellen jedoch sollen auch die Metallarbeiter, deren Verdienste unter dieser Dreizehnerlinie liegen, ebenso mit dem Lohnabbau bestraft werden. Etwa 40 Prozent der Berliner Metallarbeiter arbeiten verstreut und zwar bis zu 2 Tagen in der Woche. Diese Zehtausende von Arbeitern und Arbeiterinnen würden durch einen Lohnabbau weit unter die Grenze des Existenzminimums gedrückt werden. Nicht in Rechnung gestellt wurde von den Unternehmern auch die Tatsache, daß in den letzten Monaten das Verdienstmiveau der Affordarbeiter ebenfalls gesunken ist. Die von den Unternehmern angeführte Erhöhung des Durchschnittsaffordarverhältnisses ist darauf zurückzuführen, daß bei dem Arbeiterabbau die minderleistungsfähigen Affordarbeiter entlassen wurden. An einem reichhaltigen, im größten Teil von den Unternehmern selbst kommenden Material, wies Ulrich weiter nach, daß in der Debitiertheit über die tatsächliche Lage in der Berliner Metallindustrie eine ganz falsche Vorstellung erweckt wird.

Schiedspruch

1. Der zur Zeit geltende Lohnstarif bleibt bis zum 16. November 1930 vollinhaltlich in Kraft.
2. Die bisherigen Tarifmindestlöhne werden vom 17. November 1930 bis einschließlich 18. Januar 1931 in allen Gruppen um 3 Prozent gekürzt.
3. Mit Wirkung vom 19. Januar 1931 vermindern sich die bis zum 16. November 1930 geltenden Tarifmindestlöhne um weitere 3 Prozent für männliche und weibliche Jugendliche unter 18 Jahren und um weitere 5 Prozent für alle übrigen Gruppen.
4. Diese Regelung ist mit Monatsfrist kündbar; erstmalig zum Schluss der Lohnwoche, in die der 30. Juni 1931 fällt.

Berlin, 8. November 1930.

Dr. Brauns, Dr. Jares, Professor Dr. Sinsheimer.

Der Schiedspruch wurde einstimmig gefaßt. In der Begründung heißt es u. a.:

Die Berliner Metallindustrie befindet sich, ebenso wie die gesamte deutsche Wirtschaft, in einer schweren Krise. Daß diese Krise auch

weltwirtschaftlichen Charakter hat, befreit das deutsche Volk nicht von der Pflicht, alle seine Kräfte dafür einzusetzen, daß die Not nicht weiter und alles zu tun, was eine Besserung erwarten läßt. Dazu bedarf es wirksamer Preisenkungen auf allen Gebieten. Wenn diese auch nicht allein von der Lohnseite her erfolgen darf, so ist ein Lohnabbau doch ein so wichtiger Bestandteil der Gesamtwirtschaftspolitik, daß an ihnen nicht vorbeigegangen werden kann.

Von einer Lohnenkung kann allerdings die wenigstensweise Befreiung der Wirtschaft nur dann erwartet werden, wenn dadurch die Kaufkraft der Massen nicht dauernd gekürzt wird. Die Schlichter sind deshalb ermogt, die Preise, insbesondere der Lebensmittel, zu senken, inwieweit dies durch die Beschränkung der Produktion in einer feste Beschränkung der Produktion möglich ist. Die Beschränkung der Produktion ist in ihrem Schiedspruch für unermesslich gehalten. Die Beschränkung der Produktion ist in ihrem Schiedspruch für unermesslich gehalten. Die Beschränkung der Produktion ist in ihrem Schiedspruch für unermesslich gehalten.

Die Schlichter sind sich bewußt, daß ihr Schiedspruch eine nur vorläufige Lösung des vorliegenden Streitfalles hinausgehen kann. Die Beschränkung der Produktion ist in ihrem Schiedspruch für unermesslich gehalten. Die Beschränkung der Produktion ist in ihrem Schiedspruch für unermesslich gehalten.

Zu dem Schiedspruch wird uns aus Berlin geschrieben: Die Entscheidung der drei Unparteiischen wird nicht nur die Berliner Metallarbeiter, sondern in der gesamten deutschen Arbeitererschaft Empörung hervorgerufen. Die Entscheidung ist eine Lösung eines für ganz Deutschland bedeutsamen Konflikts! Die Arbeitererschaft hat etwas anderes erwartet. Ihr Vertrauen zu der Schlichter ist nicht gerechtfertigt worden. Was bringt der neue Schiedspruch? Eine Lohnenkung um 8 Prozent ab Mitte Januar. Die Lohnenkung ist ein Faktum. Wie steht es aber mit der Preisenkung? Hier bieten die Schlichter den Arbeitern nur Preisenkungen und Hoffnungen. Sie erwarten, daß zum Januar die Preisenkungen sich voll auswirken, wenn sie sich nicht auswirken? Was dann? Dann zahlen die Arbeiter die Löhne der Preisenkung, während die Unternehmer dem Schiedspruch ist seine verhältnismäßig kurze Laufzeit werden die Berliner Metallarbeiter getraut, wird ihr Lohn tatsächlich ab Januar empfindlich gekürzt, wird ihr Lohn tatsächlich ab Januar empfindlich gekürzt, wird ihr Lohn tatsächlich ab Januar empfindlich gekürzt.

Die Entscheidung der drei Unparteiischen ist ein Akt der Gerechtigkeit. Die Begründung, die sie ihrem Spruch mit auf den Weg geben, ist mehr als matt. Sie ist nichts anderes als die Wiederholung der lohnpolitischen Ansichten der Bräutigamgänger, die es sich annehmend in den Kopf gesetzt haben, die Arbeiter, koste es was wolle, 8 Prozent Lohnabbau zu erzwingen! Die Arbeiter werden schlechter behandelt als die Beamten, denen man nur einen Gehaltsabbau von 6 Prozent angedroht und zwar bei einer Freigabe bis zu 1500 M . Die Arbeiter schaffst muß verlangen, daß bei der Verteilung der Löhne mit zweierlei Maß gemessen wird.

Zusammenstöße in Zuffenhäulen

Stuttgart, 9. Nov. Das Polizeipräsidium teilt mit: Trotz polizeilichen Verbotes anlässlich der zuffenhäulen Revolutionen abgehalten, verlustigen die Kommunisten in den Abendstunden des Samstags an verschiedenen Plätzen Demonstrationen zu unternehmen und auf dem Marktplatz eine Kundgebung zu veranstalten. Verschiedene Umzüge wurden von der Polizei gestoppt und der Marktplatz geräumt. Eine Reihe von Sitzungen wurden vor dem dem Turnhalle gewollt zu führen. Der Ueberfall von den Kommunisten planmäßig vorbereitet. Es kam zu Schlägereien, bei denen es eine Reihe Schwerverletzter gab. Einem Kommunisten wurde im Eifer des Gefechtes von einem Genossen der Leib aufgeschliffen. Auch ein Polizeibeamter erlitt erhebliche Verletzungen. Das Ueberfallkommando läuberte den Platz. Reichsfinanzminister Dr. Dietrich wurde mit allen gegen 22 Stimmen zum Parteivorstand der Staatspartei gewählt.

Arbeiterausbeutung bis zum Exzeß

Das amerikanische Unternehmertum hat ein neues Refinement in der Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft gefunden. Es verlangt von den Arbeitsträgern hundertprozentige Aufmerksamkeit, intensivierte Ausnutzung der geistigen und körperlichen Energie. Zu diesem Zweck hat man neue Vorrichtungen getroffen, die jede Ablenkung der Aufmerksamkeit von der Arbeit verhindern sollen. Das Mittel dazu ist der vollständige Abbruch der Außenwelt. Das Tageslicht, ein Blick von Sonnenlicht, ein von der Straße herein dringendes Geräusch, die Verführung, durch die Fenster einen Blick auf die Straße und grüne Bäume zu werfen, alles das muß ausgeschaltet werden. So baut eine Spezialfabrik in Pittsburgh ein neues Fabrikgebäude, das keinerlei Fenster, auch keinerlei Oberlichter enthält. Die Luftzuführung erfolgt künstlich. Wände und Decken bestehen aus schalldämmendem Material. Die Maschinen werden akustisch gesteuert. Wände und Decken blau und grün, die Beleuchtung erfolgt durch Lampen, die ultraviolette Strahlen liefern. Das Unternehmen hofft, die Produktivität auf diese Weise um 33 v. H. zu steigern.

Der älteste und der größte in frühkapitalistischen Zeitalter ist bekannt: wüßselartige Kästen mit blinden Scheiben und verzerrten Fenstern. Die Arbeiter sollten sich ausbeuten lassen, sie sollten nicht an Abenddämmerung denken. Die hoermoderne Fabrik, die das amerikanische Unternehmertum hat, ist nur eine andere Form des ältesten Typs. Die Arbeitsträger werden nicht mehr als Menschen mit menschlichen Eigenschaften gewertet, sondern nur noch als

In den sozialkritischen Schriften von H. G. Wells gibt es grauame Satire auf den modernen Kapitalismus. Er schildert ein Reich, in dem die Menschheit in die Hände der Maschinen übergeben ist. Die Menschheit wird in die Hände der Maschinen übergeben ist. Die Menschheit wird in die Hände der Maschinen übergeben ist.

Immer noch zunehmende Arbeitslosigkeit

Über 3 1/2 Millionen Arbeitslose im Reich
Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung für die Zeit vom 15. bis 31. Oktober die zweite Hälfte des Monats Oktober die Arbeitslosenvermittlung wie im Vorjahr mit einem Anstieg neuer Arbeitsvermittlung um 108 000, zu dem noch ein Mehr von rund 22 000 (7000) unterrichtet hinzukommt, brachte die Gesamtzahl der Arbeitslosen in beiden Einrichtungen auf rund 2 072 000, monor rund 200 000 auf die Arbeitslosenversicherung, 511 000 auf die Arbeitslosenversicherung. Die Meldungen von Arbeitslosen bei den Arbeitsämtern beliefen sich am 31. Oktober auf rund 3 323 000. Von dieser Zahl dienten ab, die noch in geschäftlicher oder sonstiger Stellung oder in Volkswirtschaft beschäftigt sind, verblieben etwa 3 253 000 oder rund 136 000 mehr als am 31. Oktober. Die Zahl der Arbeitslosen, die als Arbeitslose angesehen werden müssen, muß mit ein Teil der Zunahme auf die fortwährend bessere Versorgung der Volkswirtschaft zurückzuführen.

Der Auflösungsbeschluss der Demokratischen Partei

Hannover, 8. Nov. Auf dem hier stattfindenden Parteitag der Demokratischen Partei hielt der Ehrenvorsitzende der Partei, Hermann Dr. Karl Petersen, eine Rede über die Auflösung der Partei. Thema: Abbruch von der demokratischen Partei, um die Arbeit für Deutschland.
Es folgte eine eingehende Debatte, in der die Vertreter der Gründung der Staatspartei scharf kritisiert wurden. Nach einem Schlußwort des vereinsfähigen Finanzministers Soeder, H. Scholl und der reichstäglichen Entlastung wurde die Auflösung folgender Antrag des Parteivorstandes beschlossen:
Der Parteitag möge beschließen: 1. Die Deutsche Demokratische Partei möge aufgelöst werden. 2. Das Vermögen der Partei möge an die Deutsche Staatspartei übertragen werden. 3. Die Parteimitglieder mögen sich insoweit, als sie in der Partei tätig waren, entschuldigen.

Der große Diebstahl

118 Mandate der Arbeiterklasse geraubt!

„Nur, solange die Arbeiter und Angestellten glauben, daß auch die Industriellen, Beamten und Landwirte in ihren Parteien ihre Standes- und Klasseninteressen dem Volksinteresse unterordnen, wie sie selbst es tun, werden sie die Arbeiterwählermassen bei den bürgerlichen Parteien festhalten können.“

Reichstagsabg. Walter Lambach (politische Wochenchrift 1927 Nr. 2.)

Schon im Januar 1927 hat Walter Lambach, Geschäftsführer im nationalsozialistischen Handelsabteilverband, damals noch Mitglied der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion, heute Geselamann des Reichstages, auf folgende Tatsachen aufmerksam gemacht: Ein Drittel aller Reichsangehörigen gehört zum Bürgerstum im weitesten Sinne, zwei Drittel müssen aber zur Arbeiterklasse gerechnet werden. Würden alle Arbeiternehmer nach ihren Klasseninteressen stimmen, so bekäme der Reichstag ein Gesicht, das dem Verhältnis entspräche: ein Drittel Parteien des Bürgertums, zwei Drittel politische Vertretung des arbeitenden Volkes. Wir wissen, daß das für den vorigen Reichstag nicht zutrifft. Ist im neuen Reichstag besser geworden?

Die Arbeiterklasse im neuen Reichstag

Von den 143 Abgeordneten der Sozialdemokratischen und den Abgeordneten der Kommunistischen Partei zählt der Reichstag am 14. September noch 47 Abgeordnete, die aus Arbeiterwählermassen kommen. 310 Abgeordnete vertreten entweder verarbeitende kapitalistische, antiproletarische Interessen. Würde sich das Verhältnis zwischen Bürgertum und Arbeiterklasse, also ein Drittel und zwei Drittel, auch in der Zusammenlegung des Reichstages äußern, so würden die bürgerlichen Parteien insgesamt nur 102, die Arbeiterparteien dagegen über 385 Mandate verzeichnen. Über anders ausgedrückt: die bürgerlichen Parteien haben im Reichstag 166 Abgeordnete mehr, die Arbeiterparteien dagegen 112 Abgeordnete weniger, als es der Stärke der hinter ihnen liegenden Klassen entspricht. 118 Mandate sind der Arbeiterklasse geraubt worden; nicht wie vor dem Kriege durch ein Wahlrecht, sondern durch die ungleiche Einteilung der Wahlkreise, die durch das Kapital. Es hat auch diesmal noch weite Schichten der arbeitenden Bevölkerung glauben machen können, daß auch die Industriellen, Beamten und Landwirte in ihren Parteien ihr Standes- und Klasseninteresse dem Volksinteresse unterordnen,“ wie Walter Lambach formuliert hat.

Die Arbeiterparteien

Die sozialdemokratische und kommunistische Partei. Stellt sich in ihrer sozialen Herkunft nicht sehr von einander verschieden. Das was deshalb betont werden, weil die Kommunisten wieder behaupten, daß nur sie allein „die einzige Arbeiterpartei“ seien. Nehmen wir die sozialdemokratischen Abgeordneten ihren ursprünglichen Berufen, die allein über ihre Klasseninteressen entscheiden, so finden wir unter den 143 Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion 96 Handarbeiter, 4 Landarbeiter, 13 Arbeiter, 7 Lehrer, 2 Beamte, 1 Volkshilfslehrer, 4 Beamte, 4 Juristen, 1 Kaufmann, 1 selbständiger Landwirt, 12 freie Berufe. Die kommunistische Fraktion mit 77 Mitgliedern setzt sich zusammen aus 60 Handarbeitern, 1 Landarbeiter, 5 Angestellten, 1 Jurist, 1 Kaufmann, 1 Landwirt, 7 freie Berufe. Es zeigt sich, daß die Sozialdemokratische Partei Wert darauf legt, die Vertretung des gesamten arbeitenden Volkes zu sein, während die kommunistische Partei ihre Abgeordneten vornehmlich der industriellen Arbeiterklasse entnimmt.

Arbeitnehmervertreter in bürgerlichen Parteien

Das Zentrum zählt unter 68 Mitgliedern der Fraktion 18 Arbeiter und Angestellte. Daneben finden wir 12 Landwirte, 3 Handwerker, 8 Beamte, 8 Lehrer, 4 Juristen, 6 Geistliche, 1 Staatsanwalt, 1 Professor, 2 Kaufleute, 1 Großindustrieller, 1 Bankier, 1 Buchdruckereibesitzer, 2 freie Berufe. Die deutschnationalistische Fraktion unter ihren 41 Abgeordneten 4 ehemalige Arbeiter und Angestellte. Im übrigen setzt sich diese Fraktion aus Vertretern der verschiedensten Schichten zusammen: man findet dort Großindustrieller, Fabrikanten, höhere Beamten, Professoren. Die reine Arbeiterpartei ist die Deutsche Volkspartei. Sie zählt in ihrer Fraktion von 20 Mitgliedern 1 Arbeiter und 2 Angestellte, dagegen Fraktionsführer von Unternehmerverbänden, 2 Generaldirektoren, 1 Generaloberst a. D., 1 Gouverneur a. D. Wirtschaftspartei und Deutsches Landvolk haben keinem einzigen Arbeiter unter ihren 19 Abgeordneten. Die Zusammenfassung der bürgerlichen Parteien öffnet der des Zentrums, nur ein fanger der Arbeiter mit 2 unter 19 Abgeordneten meinsten. Die Christlich-Sozialen haben 1 Arbeiter, die deutschnationalistische Partei 2 Angestellte, die Volkspartei 1 Arbeiter, die Konservativen 1 Angestellten in ihren Reichstagsvertretungen. Bei der Deutschen Bauernpartei und bei den Deutsch-Banauer Fraktionen fehlt das Arbeiterelement völlig.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Die NSDAP ist aber mit den Bekenntnissen, die doch nicht nur eine „nationalistische“, sondern auch gleich noch eine „Arbeiter“-Partei sein

wollen? Sehen wir zu, aus welchen Berufen ihre Reichstagsabgeordneten kommen! Unter den 107 Mitgliedern der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion gibt es nach den eigenen Angaben im Reichstagshandbuch ganze 14 ehemalige Arbeiter und Angestellte. Sowohl der Zahl nach wie auch im Verhältnis zu den Vertretern anderer Klassen steht also diese Arbeiterpartei weit ungünstiger da als selbst das Zentrum. Und wir wissen, daß das Zentrum seine einseitige Arbeiterpartei sein will, sondern stets betont, daß es alle Klassen der Bevölkerung vertritt. 12 nationalsozialistische Abgeordnete gehören landwirtschaftlichen Berufen an, einer ist sogar Großgrundbesitzer. An Lehrern zählt sie 15, an Beamten 16; bei beiden handelt es sich um Vertreter höherer Stellungen. Dazu kommen 10 Kaufleute, 6 Juristen, 7 Handwerksmeister, 1 Fabrikant, 2 Gauleiter, 1 Wirtzer und 12 freie Berufe. Am stärksten ist der Anteil der früheren aktiven Offizierskorps; 1 Generalleutnant, 1 Oberst, 1 Oberstleutnant, 1 Major, 4 Hauptleute und 1 Leutnant a. D. haben es zu Reichstagsabgeordneten der nationalsozialistischen „Arbeiter“-partei gebracht. Bemerkenswert ist es, daß ein sehr er-

heblicher Teil der nationalsozialistischen Abgeordneten an Putschorganisationen beteiligt war.

Was haben die Arbeiter zu erwarten?

Es ist also dem Kapital wieder gelungen, die arbeitenden Klassen in Deutschland ganz erheblich in ihrem politischen Einfluß zu schwächen. Wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, daß die nationalsozialistische „Arbeiter“-partei dazu bestimmt ist, einen Schutzwall vor das Besitzbürgertum zu errichten, so hat die von ihrer Fraktion im Reichstag bisher getriebene Politik diesen Beweis erbracht. Es liegt bereits eine Kleinansahl von Anträgen vor, die die Unterschrift der Nationalsozialisten tragen. Sie alle sind im Interesse der kapitalistischen Kreise geschrieben worden. Es wird der härtesten Arbeit der sozialdemokratischen Fraktion bedürfen, um in diesem Reichstag für die Arbeiterklasse so viel wie nur irgend möglich herauszubolen. Die Arbeiter selbst aber müssen durch verstärkte Aktivität dafür sorgen, daß sich der große politische Diebstahl, der sich am 14. September an ihrer Klasse ereignet hat, nicht noch einmal wiederholt!

Freistaat Baden

Krokodilstränen statt Totenehrung

Es gehört mit zu den ältesten Traditionen der Menschheit, die Toten würdig zu ehren. Wo irgendwo das Gemüt tieferer Empfindung fähig ist, gedenkt es der Toten in feierlichem Kulte. Dieser Brauch war von den ältesten Tagen der Menschheit bis heute verbreitet und erstreckt sich vom Nordpol bis zu den Bewohnern Neuseelands. Anders bei den Nationalsozialisten. Sie fühlen sich bemüht, den Gedanken an die Toten mit der übelsten Sünde zu verbinden, und dabei gleichzeitig das nationale Gefühl aller Deutschen in einer Weise zu beleidigen, die jedem Menschen, der nicht völlig unter dem Bann nationalsozialistischer Verheerung steht, mit bittersten Empfindungen befehlen muß. Für die Nationalsozialisten sind mit einem Schlag alle die Millionen Deutschen, die im Weltkrieg für das Vaterland gefallen sind, vergessen, denn was schiert einen blauschlitzigen Notensandbeter auch die Opfer, welche das deutsche Volk im Weltkrieg gebracht hat. Dafür achten jedoch die Nationalsozialisten neben einigen ihrer Parteifreunde, welche infolge von alles anderem als dem Reiche nützenden Sabotageakten vom angeblichen „Erbeindermord“ wurden, der grobenteils aus Selbstverleumdungen sich zusammensetzenden Putschisten vom 9. November 1923 — also Totenopfer, welche Herr Hitler auf dem Gewissen hat — sowie einer Reihe Parteigenossen, welche angeblich vom „Marxismus ermordet“ wurden; in Wirklichkeit jedoch der auf Gewalt aufgebauten Laizität der Nationalsozialisten zum Opfer fielen, wobei einschaltet werden muß, daß die Behauptungen der Führer nicht immer mit den Tatsachen übereinstimmen. Wir wollen uns in diesem Zusammenhang nicht auf Einzelheiten der „Bürgerkriegsliste“ des Führers einlassen, wollen auch angesichts des Reizes vor den Toten, die im Weltkrieg gefallen sind, nicht auf eine Einzelauseinandersetzung mit dem Führer eingehen, noch eine Gegenrechnung darüber aufmachen, wieviel Marxisten der bürgerlichen Politik der Nationalsozialisten zum Opfer fielen, sondern wollen uns darauf beschränken, die Art auszusprachen, wie nationalsozialistischer Reiz vor den Toten befehlet wird. Dabei wollen wir noch übergehen, die jedem Menschen ins Gesicht schlagende Weise, wie feinerseits die nationalsozialistische Presse über den tragischen Tod des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Lepp, der bekanntlich im Fieber aus dem Fenster stürzte, herzieht, sondern wir wollen uns nur kurz darauf beschränken, festzustellen, wie feinerseits etwas über Jahresfrist die nationalsozialistische Presse über den Tod des deutschen Staatsmannes Stresemann berichtete.

Der nationalsozialistische Donaubote in Ingolstadt schrieb am 3. Oktober:

Deutschlands Außenminister, Gustav Stresemann, Inhaber des Kontos S. Gustav wurde, wie an den Telegrammstellen heute früh zu lesen war, vom Schlag getroffen. Ein Aufsturm geht durch das nationaldenkende deutsche Volk, daß Stresemann nicht mehr ist und daß Gott soviel Erbarmen zeigte, ihn aus seiner lachwürdigen Tätigkeit jah herauszureißen. Wir als Nationalsozialisten haben nur zu bedauern, daß es uns nicht mehr erlaubt war ihn, den Volkserleuchteter, vor die Schranken eines Staatsgerichtshofes zu schleppen.

Der Angriff schrieb am 13. Oktober 1929:

Gustav Stresemann ist ja nun noch glücklich tot. Reue, also der ist die Trauer die direkt. Wir lenken vor dem großen Lärm ritualisch den Degen schreibend. Ich kenne ma, um, daß hängt ja noch der Sebel von unten wato, als ja bei die Moabitia Jordearilerte ma. Ich nehme der Ding runia, daß Stresemann sein Bild ohne Wand, um fange, ritualisch mein Dein zu lenken und das is mir direkt nies geworden. Erstins mal wollt id die allen Kitta nich beleidigen, denn id finde, man kann doch ein Kitta wie ein Kitta behandeln, nu hab id bei de Lebung des Befehl leben, um wie leicht, da is mir anders geworden. ... Teure Freund, wenn wieder mal kommt id, den wird id zur Feia des Tages Rohfülle in Koffee stipan und der Treppenselbda anhabban, velleichte jenucht det.

Der Pöfliche Beobachter brachte zum Tode Stresemanns unter dem Titel „Nach dem Tode des Geschäftsführers“ einen Artikel vom Chefredakteur Kolender, der bei dieser Gelegenheit nicht

nur Stresemann, sondern auch den toten Reichspräsidenten Ebert schmäh.

Diese Art über Tote zu berichten, zeigt, wie wenig die Nationalsozialisten zu wirklicher Totenehrung berufen sind, und wie recht sie daran tun, die Toten des Weltkrieges bei ihrem Theaterstück aus dem Gesichtskreis zu lassen, um dafür jene zu nennen, die im Weltkrieges Spiel mit nationalem Willen verwechseln. Die Toten des Weltkrieges verzichten mit Recht darauf, von nationalsozialistischer Seite geehrt zu werden. Sie wissen, wenn sie auch nicht mehr unter uns sind, wie sehr das Empfinden der deutschen Volksmassen bei ihnen ist und wie sehr die breiten Massen des arbeitenden Volkes gewillt sind, in ihrem Sinne eine Welt des Friedens und der Gerechtigkeit aufzubauen. Auf die Krokodilstränen der Nationalsozialisten würden jedoch die Opfer des Weltkrieges gerne verzichten.

Skandalöser Übergriff nationalsozialistischer Studenten

Einnischung in das Ernennungsrecht

Die nationalsozialistische Studentenschaft Heidelberg hat sich in Verbindung mit ähnlich gerichteten „Akademikern“ und der deutschnationalen und nationalsozialistischen Kreise Heidelbergs den bereits angekündigten Übergriff in das ministerielle Ernennungsrecht geleistet und in einer tumultuösen Versammlung in der Stadthalle Heidelberg eine „Protestkundgebung“ gegen die Ernennung Dr. Gumbel zum außerordentlichen Professor unternommen. Selbstverständlich wurden dabei alle Register gezogen, welche eine nationalsozialistisch verhekte Studentenschaft gegen eine als Putschist bekannte Persönlichkeit heizubringen vermag. Gewohnheitsmäßig wurde den sozialistischen Studenten das Wort in der Versammlung entzogen und dafür in rüpelhafter Weise gegen die Republik und gegen den bürgerlichen Unterrichtsminister gekehrt. So haben wir wieder einmal ein Beispiel, was sich die „akademische Jugend“ samt „Altherren“ alles erlauben, wenn man sie gewähren läßt. Der „Fall Gumbel“ ist dabei nur Mittel zum Zweck; denn die Ernennung Gumbels war nach einer langen Dozentenentzückung mehr als überfällig. Für die nationalsozialistisch verhekten Studenten handelt es sich um eine Hatz gegen die Republik. Das ist diesen Kreisen samt ihren „nichtakademischen“ Freunden die Hauptsache. Um so mehr ist es Aufgabe der bürgerlichen Regierung und des Unterrichtsministeriums, hier nach dem Rechten zu sehen und den Herren die Grenzen abzugraben.

Die neue Tabaksteuervorlage

Am Sonntag kamen Vorstand und Gauleiter des Deutschen Tabakarbeiterverbandes in Bremen zusammen, um zu den Tabakrollen der Regierung — sie leiten auf eine Verfümftung des jetzt 80 Mark betragenden Zoll pro Doppelzentner hinaus — Stellung zu nehmen. Die Tabakarbeiterchaft ist durch diese Pläne alarmiert worden. Die Tabakarbeiterchaft ist durch diese Pläne alarmiert worden. Die Tabakarbeiterchaft ist durch diese Pläne alarmiert worden. Die Tabakarbeiterchaft ist durch diese Pläne alarmiert worden.

Die Tabakarbeiterchaft ist durch diese Pläne alarmiert worden. Die Tabakarbeiterchaft ist durch diese Pläne alarmiert worden. Die Tabakarbeiterchaft ist durch diese Pläne alarmiert worden. Die Tabakarbeiterchaft ist durch diese Pläne alarmiert worden.

Gildehof
zieht ihre Kreise

Haus Bergmann Zigarettenfabrik A-G / Dresden-N 15

Gildehof 58 „Die Zigarette der Zigaretten“ beherrscht alle Rauchergilden

Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

14. November. 1483 Martin Luther. — 1759 Friedrich Schiller. — Amerikanischer Schriftsteller Upton Sinclair. — 1918 Deutschland nimmt Waffenstillstandsbedingungen der Entente an. — 1918 Gründung der Vereinigten Sozialdemokraten.

Und wiederum „Kiesenskandal“ auf dem Karlsruher Rathaus

Die Antwort der Stadtverwaltung auf die Strickfadensche „Berichtigung“

Dem Rathaus wird uns geschrieben: Der Stadtverordnete August Strickfaden hat zu der vorliegenden Verlautbarung des Stadtrates eine „Berichtigung“ ergehen lassen, die im Interesse der Wahrheit nicht unbedenklich bleiben darf. Der Stadtverordnete Strickfaden verfuhr, von den Angriffen der Mannheimer Arbeiterzeitung abzurufen, da er die Ausführungen dieser Zeitung offenbar als nicht durch das amtliche Material gedeckt ansah. Gegen diese nachträgliche Erkenntnis wird man nichts einwenden. Die Stadtverwaltung muß aber ihre über erhobene Behauptung über die Urheberschaft der Straßenschilder in der Arbeiterzeitung aufgrund einmündiger Zeugnisse aufrecht erhalten. Dergleichen ist es der Stadtverwaltung nicht möglich, den Vorwurf zurückzunehmen, daß der Stadtverordnete Strickfaden sein Ehrenamt als Mitglied der Rechnungsprüfungskommission mißbraucht hat. Noch weniger kann Herr Strickfaden die Tatsache aus der Welt schaffen, daß die Staatsaufsichtsbehörde ihn wegen Mißbrauch seines Ehrenamtes als Stadtverordnete anlässlich der privaten Geschäfte im Disziplinarwege suspendiert hat, ferner, daß er in einem Disziplinarverfahren, das er, offenbar genötigt von seiner Partei, zu seiner Ehrenrettung angestrengt hat, unterlegen ist.

Der Oberbürgermeister beantragt gegen sich ein Disziplinarverfahren

Herr Oberbürgermeister Dr. Winter übermittelt der Presse folgende Erklärung: Die in der Mannheimer Arbeiterzeitung in erster Linie gegen mich in meiner Eigenschaft als Oberbürgermeister erhobenen Vorwürfe veranlassen mich, um nichts zur Klärung der Angelegenheit zu tun, eine Untersuchung aller in Betracht kommenden Vorgänge durch eine außerhalb der Stadtverwaltung stehende Kommission herbeizuführen. Die einzige Stelle, die zu einer umfassenden Feststellung berufen ist, insofern es sich um einen Verstoß gegen die Disziplinargesetze handelt, ist die Disziplinarkommission der Stadtverwaltung. Ich habe mich daher entschlossen, ein Disziplinarverfahren gegen mich zu beantragen, und werde das Ergebnis dieses Verfahrens der Öffentlichkeit mitgeteilt werden.

Der Stadtrat hat beschlossen

Gründung einer Karlsruher Notgemeinschaft. Die privaten Wohltätigen Verbände haben die Absicht, sich zur Bekämpfung der den überaus zahlreichen Hilfsbedürftigen im kommenden Winter drohenden Notlage zu einer „Karlsruher Notgemeinschaft“ zusammenschließen. Der Stadtrat nimmt an dieser Notgemeinschaft teil und erklärt sich damit einverstanden, die Notgemeinschaft der Rat und die Erfahrungen des Bürgervereins nutzbar gemacht werden.

Neue Notstandsarbeiten

Zum Zwecke der Beschäftigung von Wohlfahrtsdienstlosen der Stadtgärtnerlei nach Trockenlegung einer ungesunden Reintigung (Ausschlammung) unterzogen. Die Arbeiten sind insgesamt 1200 Erwerbslosentagelöhnen umfassen. Eine neue, ganz große Notstandsarbeit, nämlich die Herstellung eines neuen Hochwasserdammes nördlich des Hauptkanals als Vorbereitung der geplanten Kanalverbreiterung, wird so betrieben, daß mit den Arbeiten im Dezember dieses Jahres angefangen werden kann. Insgesamt sollen hier rund 30000 Erwerbslosentage abgeleistet werden. Dem neuen Bürgerauschuss wird zu einem frühestmöglichen Zeitpunkt eine entsprechende Aufgabe unterbreitet.

Brückenbau

Die Solisoblenbrücke über den Werkkanal der Appenmühle wird nunmehr durch eine Betonbrücke ersetzt. Die neue Brücke kann alsdann auch schwere Fahrzeuge tragen. Ihre Erstellung ist das letzte Glied in der Kette der Maßnahmen zur Schaffung einer unmittelbaren Fahrverbindung auch für schwere Fahrzeuge zwischen der Mießelung und dem Stadtteil Darlanden. Die

Abbrüden beim Korn- und Schlagfeldern sind schon früher unterbaut worden.

Tierfuchsheim.

Der Tierfuchsheim Karlsruhe a. R. beabsichtigt die Errichtung eines Tierheims mit Aufzuchtungsraum für Hundeküken. Das Heim dient dem Zweck, Hunde und Hauskatzen sowie Käfigvögel zeitweise in Verwahr zu nehmen. Eine Unterbringung des Vorhabens aus öffentlichen Mitteln kommt in der heutigen Zeit nicht in Betracht. Dagegen will der Stadtrat die Absicht durch unentgeltliche Ueberlassung eines städtischen Grundstücks unmittelbar südlich des Schwimm- und Sonnenbades am Rheinhafen als Bauplatz fördern.

Vermietung des Scheidhauses der Verfa.

Die von der hiesigen Zweigniederlassung der Berlin-Karlsruher Industriewerke A.G. künftighin erworbene ehemalige Fabrikhalle (Scheidbau) wird an eine Firma zu Lagerzwecken vermietet.

Reitungsdiens in Rheinstrandbad Kuppenwürt.

Während des diesjährigen Badessommers haben sich für den Reitungsdiens im Rheinstrandbad Kuppenwürt wiederum eine Anzahl Mitglieder der Karlsruher Sportlervereinigungen, der Sanitätskolonnen vom Roten Kreuz, der Arbeiter-Samariterkolonne, des Landesverbandes Baden der Deutschen Lebensrettungsvereinigungen (D.L.V.) Karlsruhe ehrenamtlich zur Verfügung gestellt. Mit Genehmigung der hiesigen Polizeidirektion durch Erlassen von Anordnungen im laufenden Jahre keine Unfälle durch Ertrinken im Rheinstrandbad Kuppenwürt zu verzeichnen waren. Der Stadtrat spricht den Organisationen und ihren tätigen Mitgliedern für die opferwilligen Dienste Dank und Anerkennung aus.

Schwimmunterricht in den städtischen Bädern.

Auf Antrag der Stadtverwaltung gibt der Stadtrat sein Einverständnis zur Erteilung von unentgeltlichem Schwimmunterricht durch städtisches Personal in den Schwimmhallen des Bierordensbades und des Friedrichsbades während der Monate November, Dezember, Januar und Februar, jeweils in den Stunden von 18 bis 20 Uhr. Die Teilnehmer an dem Schwimmunterricht haben lediglich die übliche Gebühr für das Schwimmbad zu bezahlen. Der Schwimmunterricht gegen Entgelt, der zu jeder Stunde während der Öffnungszeiten der Bäder angenommen werden kann, bleibt nach wie vor bestehen.

Volks-Sinfonie-Konzerte in der Festhalle.

Dem Gemeinschaftsorchester Karlsruhe wird der große Saal der städt. Festhalle an vier Abenden des laufenden Winters zur Veranstaltung von Volks-Sinfonie-Konzerten mit ganz niederen Eintrittspreisen eingeräumt.

Geldene Hochzeit.

Den Oberbürgermeister a. D. Heinrich Liese Eheleuten, den Schlosser Johann Karl Jakob Eheleuten und den Oberpostkassier a. D. Christian Gabriel Meier Eheleuten hier wurden anlässlich der Feier ihrer goldenen Hochzeit Ehrengaben der Stadt, begleitet von Glückwunschkarten übersandt.

„Graf Zeppelins“ Landungsfahrt nach Karlsruhe

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“, das Sonntag vormittags 10.05 Uhr unter Führung von Kapitän Lehmann mit 22 Passagieren in Friedrichshafen zur Landungsfahrt nach Karlsruhe aufstieg, war, überquerte den Schwarzwald, nach Rastatt-Hohentwiel kommend, in der Gegend von Donaueschingen, Tribsen, Alghem, Schlag dann nördliche Route ein, stieg über Baden-Baden einen Besuch ab und traf bereits um 12.16 Uhr in der Höhe der badischen Landeshaupstadt ein, ließ diese aber zunächst liegen und flog bis in die Gegend von Bruchsal. Dann aber machte es kehrt und war um 12.45 Uhr über dem Karlsruher Flugplatz. Da aber die Landung erst für 13.30 Uhr vorgesehen war, führte es mehrere Kreusflüge über Karlsruhe und weitere Umgebungen aus, erschien aber kurz nach 13 Uhr wieder über dem Flugplatz, verschwand dann wieder und führte ab 13.15 Uhr mehrere Rundflüge über dem Flugplatz aus. Kurz vor 13.30 Uhr schickte es sich zur Landung an, um 13.32 Uhr schwebte es dicht über dem Boden, die Halbtone wurden herabgelassen und von der starken Abkühlung der Luft ergriffen und unter den heftigsten Zuckern der das ganze absperrte Flugfeld summen vielen Tausende Zuschauer waren es 60-70000 Zuschauer in der nächsten Umgebung, während die Dächer in der Umgebung weißlich ebenfalls dicht besetzt waren landete das Luftschiff in wenigen Minuten (13.35 Uhr) vollkommen glatt und sicher trotz des ziemlich starken Bodensindes, der insofern aufgenommen war. Insofern waren die geladene Ehrenäste an das Schiff herangeführt worden, und der Gondel entließen einige Passagiere. Herr Tolson übermittelte dem Vorsitzenden des Karlsruher Luftfahrtsvereins, Herrn Seisaden, herzliche Glückwünsche zu dem 20jährigen Bestehen des Vereins und zu seiner Initiative zur Herankunft und Landung des „Graf Zeppelin“ auf Karlsruher Boden, teilte aber gleichzeitig mit, daß Kapitän Lehmann das Schiff nicht glauben verlassen zu dürfen angesichts der Bodensindes. Dennoch erschienen dieser aber wenige Minuten später unter den Ehrenästen, wo er vom Staatspräsidenten Dr. Schmitt, Oberbürgermeister Dr.

Winter, Innenminister Wittmann und Professor Paulke von der Technischen Hochschule mit kurzen Ansprachen herzlich begrüßt und zu der Fahrt beaufschlagt wurde. Ein mächtiger Blumenstrauß mit Schleifen in den Landesfarben gab dem Gefühl der Dankbarkeit für den Besuch Ausdruck. Auf diese Ansprachen erwiderte Kapitän Lehmann ebenso herzlich, daß der Freude Ausdruck, mit dem Schiff der badischen Landeshaupstadt den versprochenen Besuch abtaten zu können, bedauerlich aber gleichzeitig, schon nach kurzer Zeit wieder aufsteigen zu müssen, da er bei dem aufgelaufenen Bodensind das kostbare Luftschiff nicht umhin einer Gefahr aussetzen dürfte.

Alsdann wurden die Vorbereitungen zum Wiederaufstieg getroffen. Einige neue Passagiere bestiegen die Gondel, darunter der badische Staatspräsident, der Karlsruher Oberbürgermeister, der badische Innenminister, Fabrikant Rees (Karlsruhe); einige Kommandanten, Abschiedswinken und freudige Zurufe, und um 14 Uhr erhob sich das Riesenschiff ruhig und sicher wieder in die Luft, während die Polizeipatrolle das „Deutschlandlied“ anstimmte und die Menge in brauende Jubel ausbrach. Nach etwa eine halbe Stunde lang kreuzte der „Graf Zeppelin“ langsam über das Flugfeld und trat dann um 14.30 Uhr, von den wärmsten Wünschen der Zuschauer begleitet, die Rückfahrt an in südöstlicher Richtung über den Schwarzwald hinweg. Nach wenigen Minuten bereits war er den Blicken hinter aufkommenden Wolken verschwunden.

Das Wetter hielt sich die ganze Zeit über von Regenschauern frei, obwohl sie hin und wieder heranzunahen schienen. Die von auswärts herbeigekommene Polizei hatte umfassende Absperrungs- und Verkehrsmaßnahmen getroffen, jedoch der gewaltige Verkehr sich abwickeln konnte. Zwei Verkehrsflugzeuge gaben dem Luftschiff bei der Ankunft wie bei der Abfahrt das Geleite, und ein Segelflugzeug der Akademischen Fliegergruppe der Technischen Hochschule Karlsruhe bereicherte mit seinen Flügen das Programm. Kurz vor der Ankunft des „Graf Zeppelin“ waren etwa 200 Briefkästen aufgelassen worden und eine Sternfahrt des Karlsruher Motorfahrervereins nach Karlsruhe hatte eine stattliche Zahl von Teilnehmern aufzuweisen.

Die Witterung der letzten Tage hatte es zweifelhaft erscheinen lassen, ob der Karlsruher Landungsflug werde ausgeführt werden können, bis sich am Samstag nachmittags der Himmel etwas aufklärte. Aber immerhin war noch keine volle Sicherheit geboten, bis am Sonntag morgen ein Telegramm aus Friedrichshafen die Abfahrt meldete. Schon vor Mittag setzte nun eine wahre Witterungswanderung nach dem Flugplatz ein, auch von auswärts trafen sehr viele Besucher ein, um der Landung in nächster Nähe beizumohnen.

Wohltätigkeitsveranstaltung der Bahnhofsmission

Diese Veranstaltung in der Städtischen Ausstellungshallen wurde am Sonntag nachmittags 14 Uhr feierlich eröffnet. Nach lauter vorgetragenem, sehr beifällig aufgenommenem Musikstücken des unter Leitung des Herrn Hof. Beisitzer stehenden Bad. Kammerorchesters hielt Herr Prälat Dr. Stumpf die Eröffnungsansprache, in der er betonte, daß die Wohltätigkeit kleiner und kleiner geworden ist, so daß die Bahnhofsmission, die auch nicht genügend Mittel hat, um ihr ideales Werk so verrichten zu können, wie sie gerne möchte und überall, wo sie anklopft, abgewiesen wird, dazu übergegangen ist, einen Bazar zu errichten, um Mittel zu bekommen, um den Armen, Verlassenen, Heimatlosen zu helfen. Er hob weiter lobend hervor, daß eine ganze Reihe Künstler und Künstlerinnen sich hochherzig in den segensreichen Dienst der Bahnhofsmission gestellt hat. Er wünschte der Veranstaltung der Bahnhofsmission einen guten Erfolg, so daß am Schluß die Bahnhofsmission nicht wie ein enttäuschtes Kind nach einem schönen Traum mit leeren Händen dasfest, sondern Mittel beisammen hat, um ihre wohltätige Arbeit im Dienste der leidenden Menschheit wenigstens über den kommenden Winter fortsetzen zu können. Die Ausführungen des Redners wurden von den zahlreichen, meist weiblichen Zuhörern, sehr beifällig aufgenommen. Der frohe, beifällige Teil, stand unter der Leitung des Herrn Baumbach vom Bad. Landesbühnen und hatte ein sehr reichhaltiges Programm aufzuweisen, das mit einem allgemeinen Tanz von 21 Uhr ab seinen Abschluß fand.

Am Sonntag wurde den zahlreichen Besuchern wieder mit einem reichhaltigen Programm aufgemacht und heute Montag findet von 3 Uhr ab allgemeiner Tennachmittag in der großen Flughallen statt, mit daran anschließendem wiederum sehr reichhaltigen künstlerischem und sportlichem Programm. Von 2 1/2 Uhr ist wiederum allgemeiner, die Veranstaltung beschließender Tanz.

Hervorzuheben ist noch, daß jeder 1000. Besucher ein Geschenk erhält.

Charakteristisch für unsere wiedererflossene kapitalistische Zeit ist auch diese Veranstaltung, die über den Weg des Amüsens die Mittel zusammenbringen soll, um gefährdete Mitglieder und Mitgeschickelten vor dem Untergang retten zu können.

Klavierabend Holke. Auf den heute Montagabend im Saal der „Eintracht“ stattfindenden Klavierabend Franz Holke sei nochmals hingewiesen. Karten sind bei Kurt Neufeldt, Waldstraße 81, erhältlich.

Sunlicht zeigt Ihnen, wie wirklicher Preisabbau aussieht!

Nicht um ein paar Pfennige, sondern bis zu 1/3 ihres bisherigen Preises sind die Sunlicht Erzeugnisse ermäßigt. Die Ersparnis macht im Monat eine stattliche Summe aus. Darum in jedem Hause Sunlicht Seife, Lux Seifenflocken und Suma.

SUNLICHT SEIFE LUX SEIFENFLOCKEN

1/2 Pfund Doppelstück . . . 40 Pfg., jetzt 30 Pfg. Die große Doppelpackung 75 Pfg., jetzt 50 Pfg.
Der große Würfel 35 Pfg., jetzt 25 Pfg. Die Normalpackung 40 Pfg., jetzt 30 Pfg.

SUMA das schonende Seifenpulver 1/2 Pfund Paket 45 Pfg., jetzt 40 Pfg.

Außerdem auf jeder Packung nach wie vor Gutscheine für wertvolle Gaben.

SUNLICHT GESELLSCHAFT A.G. MANNHEIM - BERLIN

Die Eroberung



des Rathauses

Vorkämpfer fürs dritte Reich

Eine Führergarnitur aus der Hitlergarde

Ein Merkblatt auch für die badischen Gemeindevähler

Gegen die 107 nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten ließen beim Reichstage nicht weniger als 143 Anträge auf Strafverfolgung vor. Meistens haben sich die Herren von der Hitlergarde schwerer Beleidigungen und Verleumdungen politischer Gegner schuldig gemacht, aber durch echt nationalsozialistische Flegelien in Wort und Schrift den gegenwärtigen Richter herabzumürdigen versucht. Aber nicht nur das Strafbüchlein der nunmehr zu M. d. R. avancierten Hitlergardisten ist ein solches, das es die kommunistische Konkurrenz nicht schlägt, die kleinen Häuptlinge draußen im Reich streifen zum Teil ein besonders interessantes und lehrreiches nationalsozialistisches lokales und provinzielles Führer, wobei immerhin ist, daß diese Garnitur aus der vor Monaten noch kleineren Nazipartei stammt, die ja untreuhaft um den 14. September herum Zulauf erhalten hat. Man kann sich, wenn man die Namen und die Straftaten der aufgeführten Führergarnitur ansieht, un schwer vorstellen, wie alles in die Hitlergarde eingedrückt ist.

Worms, nationalsozialistischer Führer in Ludwigslust (Medienburg) wegen fortgesetzter Amtsunterschlagung 2 1/2 Jahre Zuchthaus.

Kaiserslautern, Geschäftsführer der nationalsozialistischen „Luftfahrerkolonie“ G.m.b.H., 1924 wegen Untreue 2 Jahre Gefängnis.

Wiesbaden, nationalsozialistischer Agitator, mit 3 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Koblenz, nationalsozialistischer Führer, wegen öffentlicher Unzucht auf einem Friedhofe mit 14 Tagen Gefängnis bestraft.

Worms, Blumenthal, nationalsozialistischer Agitator, wegen Diebstahls, Betrügens und Unterschlagungen mehrere Geld- und Freiheitsstrafen.

Worms, Stillerführer in Hensbura, verurteilt wegen Hinterlassung ungeheurer Schulden. Sein Vater hat sich aus Gram über den missetzten Sohn erbängt.

Worms, Guano, Leipzig, nationalsozialistischer Arbeitersekretär, wegen Amtsunterschlagung 2 Monate Gefängnis.

Worms, Jol., Gauleiter der NSDAP, Reichstagskandidat, Besitzer einer Zeitung. Bei Revision seiner Kasse wurden „Unregelmäßigkeiten“ festgestellt, die zunächst zu seiner Enthebung führten. Ihm werden Spieledienste, Verleumdungen, Betrug und schamloser Vorwurf vorzuerworfen. Er wurde wegen Beleidigung zu 3000 RM. Geldstrafe verurteilt.

Worms, Herbin, nationalsozialistischer Parteiführer, wegen Diebstahls 1 Monat Gefängnis (Juni 1926).

Worms, Schumann, Essen, wegen Diebstahl, Betrug, Ueberfall usw. eine ganze Anzahl Vorstrafen, wegen Sittlichkeitsverbrechen an seinem 3-jährigen Kinde in Untersuchungshaft.

Worms, Steinhilber, Ernst, ehemaliger Geschäftsführer des Völkischen Beobachters, mit 3 Jahren Zuchthaus in München verurteilt, wurde wegen Betrug und Meineidverurteilung zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus verurteilt.

Worms, Heinrich, Kumbach, nationalsozialistischer Agitator, wegen Unterschlagung von Geldern, die für Kriegsblinde bestimmt waren, 8 Monate Gefängnis.

Worms, Johann, Kirchenleibach, wegen fortgesetzter sittlicher Verleumdungen an einem kleinen Mädchen 6 Monate Gefängnis.

Worms, Schwenker, bekannter Führer der Nationalsozialisten im Bezirk Schweinheim, wegen Sittlichkeitsverbrechen zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt.

Worms, Dr. Wilhelm, Staatsminister, wegen Beihilfe zum Hochverrat verurteilt.

Worms, Studientrat, nationalsozialistischer Führer in Dillingen, wegen Sittlichkeitsverbrechen bestraft.

Worms, Insterburg, nationalsozialistischer Führer, wegen Verleumdung 6 Monate Gefängnis.

Worms, Unterbaulen, wegen Unterschlagung 4 Monate Gefängnis.

Worms, Alfred, Geschäftsführer der nationalsozialistischen Ortsgruppe in Lützel. Dieser Mann hat folgendes Strafregister: Sechs Wochen Gefängnis wegen Diebstahls vom Schöffengericht Worms 1920. Ein Monat Gefängnis und 200 M. Geldstrafe wegen Betrugs vom Schöffengericht Lützel 1921. Vier Monate Gefängnis wegen Betrugs vom Schöffengericht Worms 1921. Zwei Monate Gefängnis wegen Betrugs und Diebstahls vom Landgericht Berlin 1924.

Worms, Edmund, Gauleiter der NSDAP, von Groß-München, wegen Hochverrat verurteilt.

Worms, Schumann, wegen Sittlichkeitsverbrechen längere Gefängnisstrafe.

Worms, Hamburg, nationalsozialistischer Geschäftsführer und Gewerkschaftsagitatordner, wegen Schleichbesetzung und Gewerkschaftsuntersuchung verurteilt.

Worms, Dr. Reeslow, Führer der Nationalsozialisten, führt gegen die NSDAP durch. Vorher mußte sich das Mädchen ihm anschließen.

Worms, Franz, ehemaliger nationalsozialistischer Führer in München, wegen wibernatürlicher Unzucht 6 Wochen Gefängnis.

Worms, Albert, wegen Bettelns, Betruges, Landstreicherei usw. verurteilt.

Worms, Littel, von, einmal 1/2 Jahr und einmal ein ganzes Jahr Gefängnis wegen Abtreibung mit tödlichem Ausgang und Sittlichkeitsverbrechen.

Worms, Prof. Schelker bei Hitler, wegen Sittlichkeitsverbrechen ausgewiesen.

Worms, Erwin, wegen Zuhälterei verurteilt.

Worms, Grotzky, nationalsozialistischer Agitator und Kaffierer, wegen Betruges zu 3 1/2 Monaten Gefängnis verurteilt.

Worms, Hans Georg, wurde vom Landgericht Saarbrücken am 1. Januar 1929 wegen Schleicherei zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Worms, wegen 2 Verbrechen des Kinderraubs 1 Jahr 1 Monat Zuchthaus (im Zusammenhang mit dem Münchener Parteitag).

Worms, wegen Mißbrauch seines Pfarramtes sollte Münchener des Amtes entbunden werden; er kam jedoch dem Diszi-

plinarverfahren durch Niederlegung seines Amtes zuvor. Münchener wurde wegen Sittlichkeitsverbrechen und Verleumdung mit 3 Monaten Gefängnis bestraft. Münchener hat es im Laufe der letzten Jahre zu 70 Beleidigungsprozessen gebracht. Etwa 30 Verfahren gegen ihn schweben noch.

Münchener mußte sich vor dem Arbeitsgericht verantworten, weil er statt 75 RM. Tariflohn nur 24 RM. und statt 30 RM. nur 12 RM. zahlte. Er bezahlte weder Zuschlag für Nacharbeit noch für Überstunden. Lehrlinge mußten von 7-23 Uhr arbeiten und weiblichen Angestellten drohte Münchener Ohrfeigen an.

Frei, Ludwig, nationalsozialistischer Führer, wurde wegen Verleumdung und Beamtenehrigung zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt.

Frei, Kumbach, nationalsozialistischer Agitator, mehrfach verurteilt, zuletzt 1924 wegen Unterschlagung zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Am 16. November:

Fort mit den Hakenkreuzlern!



Wählt Liste 2 Sozialdemokraten!

Prößler, Johann, Kumbach, nationalsozialistischer Agitator, mehrfach verurteilt, zuletzt 1924 wegen Betrugs zu 4 Monaten Gefängnis.

Rieseberg, Stendal, wegen Totschlag an einer Dirne, mit der er über den Preis ihrer Eingabe in Streit geraten war, zu vier Jahren Gefängnis verurteilt.

Riehmeier, Halberstadt, mehreremale verurteilt, u. a. wegen Betrugs, mehreremale Zuchthaus. Zuletzt wegen Betrugs zwei Jahre Gefängnis.

Rohlich, Eduard, Nürnberg, wegen räufälligen Betruges in 10 Fällen 2 Jahre Gefängnis.

Ruge, Dr., Privatdozent, wegen Anstiftung zum Mord, 1 Jahr Gefängnis.

Schäfer, Rechtsanwalt (bekannt aus den Fememordprozessen), wurde wegen Unterschlagung von 9000 RM. Kriegsblindensoldaten zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt.

Schmitt, Joh., Ludwigsbaben, nationalsozialistischer Führer, hat mit seinen 27 Jahren 8 Vorstrafen für Diebstahl, schweren Diebstahl im Rückfall usw. Die letzte im Jahre 1924 verhängte Strafe wegen schweren Raubes lautete auf 6 Jahre Gefängnis und 10 Jahre Ehrverlust. Er ist seit Januar d. J. wieder frei.

Steinberger, 16mal verurteilt, zuletzt wegen schwerem Einbruch mit 4 1/2 Jahren Gefängnis.

Stolzewski, Königsberg, nationalsozialistischer Führer, wegen Betruges und Verbrechen gegen das Eigentum wiederholt verurteilt.

Tulobiedt, Ernst, Königsberg, nationalsozialistischer Führer, wegen einfacher und schwerer Diebstähle mehrere Gefängnisstrafen.

Weg, Hans, Nürnberg, nationalsozialistischer Führer, wegen Sittlichkeitsverbrechen an Kindern 6 Monate Gefängnis.

Wolland, Marburg, nationalsozialistischer Führer und Kreisratsabgeordneter, wegen Urkundenfälschung verurteilt.

Weise, Richard, Wittenburg in Medienburg, nationalsozialistischer Wanderredner, wegen Zechprellerei zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt, außerdem 14mal vorbestraft.

Wiesenhäuser, wegen 11fachen Bandendiebstahls 2 Jahre und 1 Monat Gefängnis.

Zimmerlin, Rudolf, Rechtsanwalt, früherer nationalsozialistischer Agitator in der Pfalz, wegen Ueberforderung der Anwaltsgebühren vom Amtsgericht Koburg verurteilt.

Nicht wahr, lieber Leser, eine schöne Galerie „wertvoller“ Zeitgenossen, die aber beliebig vergrößert werden könnte. Und mit dieser Betrügergarnitur ging ein Teil des stolzen deutschen Bürgertums bei den Reichstagswahlen!

Sage mir, mit wem du umgehst...

Sturmzeichen

Arbeitslosigkeit und Gemeinden

Die Arbeitsloseniffern gehen sprunghaft in die Höhe. Wir stehen im Augenblick bereits bei einer Arbeitsloseniffer von über 3 Millionen.

Alarmieren! Wohl ist das Tempo des Anstieges der Arbeitsloseniffer nicht schneller als im Vorjahr, aber es ist schneller, als erwartet worden ist. Auf jeden Fall geben wir mit einem beträchtlich höheren Niveau der Arbeitsloseniffer in den Winter hinein. Der Soruna der Arbeitsloseniffer muß für die Arbeiterchaft ein Signal zur Sammlung der Kräfte in der Front der Sozialdemokratie sein; denn vom Ausgang der Gemeindevahlen wird es abhängen, ob die Arbeitslosigkeit im kommenden Winter abermals einen enorm hohen Grad erreicht und Not, Hunger und Elend in Tausende von Arbeiterfamilien einführen. Bei den Wahlen muß dafür gesorgt werden, daß die soziale Widrigkeit in den Gemeinden bestehen bleibt. Sonst kommen die Arbeitslosen vor die Hunde. Siegt das kapitalistische Element, dann ist für die Arbeitslosen nichts übrig. Vor allem wird dann eine produktive Sozialpolitik in den Gemeinden auf lange Zeit hinaus unmöglich sein. Siegt das Kapital, wie sollen dann die von der Sozialdemokratie geforderten neuen produktiven Maßnahmen durchgeführt werden? Die Gemeinden dürfen nicht ein so wichtiges Schlüsselgewerbe wie das Baugewerbe durch rigorose Drosselung der Ausgaben förmlich brachliegen. Diese Sparmaßnahme muß sich bitter rächen; denn die Gemeinden müssen dann für die von ihnen begangenen Sparünden bei den Kosten für Wohlfahrtspflege büßen, und mit ihnen büßen Klein- und Kleingewerbetreibende und Kleinhandel, denen die Arbeiterkundschaft verloren geht. Verdient der Arbeiter in der Gemeinde, dann verdient auch der Klein- und Kleingewerbetreibende und der Kleinhandel. Führt in der Gemeinde dagegen das Großkapital das große Wort, dann haben Arbeiter und kleiner Mittelstand das Nachsehen; denn das Großkapital braucht nicht Schuhe, Stiefel und Brot. Es trägt sein Geld wo anders hin.

Angeht es das überraschend starken Anstieges der Arbeitsloseniffer muß jetzt endlich in den Gemeinden in der Frage des Winterbauens Ernst gemacht werden, damit der Baumarkt wieder angekurzelt wird. Technische Mittel und Wege zur Durchführung von Notstandsarbeiten in Form von Winterbauten sind vorhanden. Am Reich und an der Reichsanstalt liegt es, dafür zu sorgen, daß die Gemeinden höhere prozentuale Zuschläge erhalten, wenn sie sich bereit erklären, Winterbauten in größerem Umfang durchzuführen. Auf der anderen Seite müssen die Gemeinden natürlich über sozial eingestellte feste Mehrheiten in den Parlamenten verfügen, wenn etwas für die Förderung produktiver Winterarbeit geschehen soll. Stabile, feste Mehrheiten, die sozial praktisch zu arbeiten verstehen — das ist es, was die Arbeiterchaft braucht. Jede Stärkung der Klaffen und Schreier, der Kommunisten und Nationalsozialisten und der Splitterparteien, macht es künftig in der gemeindevölkischen Arbeit fast unmöglich, eneratisch den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit in den Gemeinden aufzunehmen. Gerade in den Gemeinden muß mit voller Kraft ins Geleitz geegangen werden; denn sie sind ja die Hauptträger der mit der Arbeitslosigkeit verbundenen Schäden. Die Reichsanstalt bekämpft die Arbeitslosigkeit fossagen nur technisch, die Gemeinde dagegen muß dem Feind direkt und unmittelbar auf den Fels rücken. Deshalb muß bei den Gemeindevahlen für jeden Arbeiter im Vordergrund aller Ueberlegung die Parole stehen: **Produktive Arbeit, Förderung von Notstandsarbeit, Ankurbelung des Baumarktes** und damit zugleich Behebung der mit diesem Schlüsselgewerbe in enaem Kontakt stehenden übrigen Gewerbesweige, wie Metall-, Holz-, Betonindustrie usw.

Wenn in der Beschaffung produktiver Arbeit alles geschehen ist, was möglich war, dann werden natürlich immer noch Tausende im Winter auf der Straße liegen. Wer kann ihnen helfen, wer will ihnen helfen?

Nur eine feste sozialdemokratische Vertretung in den Gemeindevahlen. Ohne sie sind die Arbeiter verraten und verlaßt. Grobzügige durchgreifende Arbeitslofenpolitik in den Gemeinden — dafür bürgen nur die Sozialdemokraten.

Wie sieht es nun aus in den Gemeinden, wo die SPD die Mehrheit hat

In **Kloster Altdorf**, einem Vorort von Salungen, hat die SPD die Mehrheit im Gemeinderat. Die Werra-Wacht brachte aus dieser SPD-Hochburg in der Nummer vom 21. Dezember 1929 einen Bericht, in dem es heißt: „Wie sieht es nun in unserem Ort? Wir haben eine kommunistische Mehrheit im Gemeinderat, und trotzdem erhält kein Emersaloier etwas!“

Wie reimt sich das nun zusammen mit den Anträgen in anderen Orten, wo die Kommunisten in der Mehrheit sind? Ja, Bauer, das ist ganz was anderes...

Die Einheit formiert!

WÄHLT: SOZIALDEMOKRATEN!

Aus aller Welt

Bierfischer Kindermord in Bergheuz (Eifel)

Gemünd (Eifel), 9. Nov. Der Kriegsinvalide Josef Beul in Bergheuz hat in Abwesenheit seiner Frau, die in der Frühmorgenszeit, heute morgen keine vier Kinder mit der Axt erschlagen. Das älteste der Kinder war 8 Jahre alt. Der Vater brachte sich darnach lebensgefährliche Verletzungen bei. Finanzielle Schwierigkeiten sollen ihn zu der grausamen Tat getrieben haben.

Der Start des Do X verschoben

Amsterdamer, 9. Nov. Der Start des Flugschiffes Do X nach England ist um 12 Uhr vormittags mit Rücksicht auf die Wetterlage auf morgen verschoben worden. Der Start dürfte Montag früh gegen 10 Uhr vormittags (Amsterdamer Zeit) erfolgen.

Feuer in den Opeelwerken

In der Ledererei der Fahrradfabrikation der Opeelwerke brach Feuer aus. Nach etwa zweistündiger Tätigkeit konnte der Brand gelöscht werden. Der Schaden ist nicht bedeutend. Die Produktion ist nicht unterbrochen.

Die Viehdiebstahlgefahr im Obergebiet vorläufig beseitigt

Frankfurt a. M., 8. Nov. Im Laufe des Freitags wurde im Obergebiet an verschiedenen Stellen ein Bruch der Deiche befürchtet. Unter Aufsichtung aller Kräfte arbeitete man an der Verstärkung der Deiche, ohne jedoch die Gefahr gänzlich bannen zu können. Daher entschloß man sich, am Freitag abend oberhalb von Frankfurt a. M., an der Elanmündung, den Oberdeich zu durchstoßen und die Kolben volllaufen zu lassen. Dieser Durchbruch brachte Frankfurt a. M. und dem Gebiet unterhalb von Frankfurt eine fühlbare Entlastung. Wenn auch ein Sinken des Wassers nicht zu erwarten war, so wurde doch ein weiteres Steigen im Gebiet unterhalb von Frankfurt verhindert.

Der Tierwärter von Löwen zerfleischt

Wien, 9. Nov. Der 27-jährige Tierwärter Max Wilban betrat am Sonntag einen Löwengähe, den der Schauwärtler Bachmann vorübergehend auf einem Hof in der Laibade untergestellt hatte. Wütend fiel einer der Löwen über ihn her, warf ihn zu Boden und zerfleischte ihn schwer. Die beiden anderen Tiere führten sich dann gleichfalls an den am Boden liegenden. Dem Schwerverletzten eilten mehrere Personen zu Hilfe und es gelang ihnen, die Tiere

von ihrem Opfer abzuhalten. Wilban wurde ins Krankenhaus verbracht, wo er aber alsbald starb. Die polizeiliche Untersuchung ist eingeleitet.

Spinale Kinderlähmung in Bayern

Nachdem erst kürzlich die spinale Kinderlähmung in Trostberg ein Todesopfer gefordert hat, wurden in Ansehl bei Steigsdorf vier allerdings leichtere Fälle festgestellt. Um die Ausbreitung der Krankheit zu verhindern, wurde die Schule der Ortschaft geschlossen.

Auffsehenerregende Verhaftung im Berlin-Hamburger D-Zug

Die Rittenberger Kriminalpolizei verhaftete auf dem Bahnhof den Möbelhändler Fritz Saffran aus Raitenburg in Ostpreußen, der von der Staatsanwaltschaft Bartenstein in Ostpreußen wegen Brandstiftung und Betrugs gesucht wurde. Saffran zeigte Ausweis-papiere auf den Namen des Zimmermanns Hans Kaufzin vor, da aber die Beschreibung zu seinem Aussehen nicht paßte, sagten ihm die Beamten auf den Kopf zu, daß er der Gesuchte sei. Eine Leibes-patrouille förderte eine geladene Walsensjohle aus, die er löse in der Solentische trug. Aus einem Abschiedsbrief an seine Frau war zu entnehmen, daß Saffran sich mit Selbstmordgedanken ge-tragen hatte. Saffran war vor einiger Zeit unter rätselhaften Um-ständen aus Bartenstein geflüchtet. Das Gebäude seines Schwieger-vaters war in der Weihnachtsnacht abgebrannt. Bei den Aufräumungs-arbeiten fand man unter den Trümmern eine Leiche, die zunächst nicht identifiziert werden konnte. Man nahm ursprünglich an, daß Saffran in den Flammen umgekommen war. Erst nachträglich stellte man fest, daß er mit einem Auto geflüchtet war.

Direktoren wieder in Freiheit

Der Direktor der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-A.G., Sauerbrey, der seit Februar dieses Jahres in Frankfurt in Haft war, wurde am Samstag aus dem Untersuchungsgefängnis ent-lassen, nachdem er eine Sicherheitsleistung gestellt hatte. Damit sind nun sämtliche Direktoren der Bawag in Freiheit.

Zum amerikanischen Bergwerkslüß

Die Entschädigungen, die an die Familien der im Millfielder Revier verunglückten Bergleute gezahlt werden, dürften unter Be-rücksichtigung der Unfallversicherungs-Bestimmungen des Ohio-States 700 000 Dollar ausmachen.

Aus dem Gerichtssaal

Politik mit Stuhlbeinen und Biergläsern

im Karlsruhe, 7. Nov. Wegen Körperverletzung und Vergehens gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 25. Juli 1930 (Waffen tragen in einer politischen Versammlung) hatten sich vor dem Schnellrichter (Amtsgerichtsrat Kapp) der 31 Jahre alte wegen gefährlicher Körperverletzung verurteilte Söldner Ambros Dürrschnebel aus Bietigheim, sowie der 30-jährige vorbestrafte ledige Lederarbeiter Ludwig Hoffmann aus Keimwieb zu verant-worteten. Dürrschnebel wird in der von Staatsanwalt Labdt ver-tretenen Anklage zur Last gelegt, daß er in einer politischen Ver-sammlung am Abend des 15. Oktober im Gasthaus zum „Wider“ in Mühlburg ein im Griff feststehendes Messer bei sich geführt und in einer nationalsozialistischen Versammlung dem 30-jährigen Kauf-mann Fritz Ansel mit einem Stuhlbein mehrere Schläge auf den Kopf versetzt habe; Hoffmann wird zur Last gelegt, dem Kaufmann Ansel bei der gleichen Gelegenheit mit einem Bierglas auf den Kopf geschlagen zu haben.

Dürrschnebel erklärt, am 15. Oktober in jener Versammlung, bei der etwa 80 bis 100 Personen anwesend waren, gewesen zu sein. Im Nu sei eine Schlägerei im Gange gewesen. Als der Tumult im Gange begann, habe der nationalsozialistische SA-Führer einen Brief abgegeben und kommandiert: „Gruppe 3 antreten!“ Der Zeuge Ansel habe ihn (den Angeklagten) als Täter bezeichnet, ob-mohl er nicht angeschlagen habe. Das in Frage stehende Messer habe er schon im Kriege bei sich gehabt und werde er auch jetzt wohl noch tragen dürfen.

Vorkleidend: „Während des Krieges haben auch Leute mit Kan-nonen geschossen, die das jetzt nicht mehr tun.“ Hoffmann gibt an, daß er ebenfalls in der Versammlung war. Als es 8.30 Uhr wurde, ebe die auf 8 Uhr angesetzte Versammlung eröffnet wurde, begannen die Leute zu murren. Es habe dann eine Schlägerei ein-gebrochen und er sei auf den freien Tisch gestiegen und habe erklärt, man sei nicht zum Prügelei, sondern zum Diskutieren hergekommen. Ein nationalsozialistischer Redner habe die Arbeiterpartei, die in der Versammlung vertreten war, als einen Saubauern bezeichnet. Das habe den Angeklagten in Wut versetzt. Mit einem Bierglas habe er nicht geworfen.

Der Zeuge Ansel gibt an, er sei mit 38 Mann nach Mühlburg gekommen, um die Redner zu schützen. Bei den babilischen Lederwer-ken seien etwa 400 Leute auf der Straße versammelt gewesen, die die Nationalsozialisten mit Rufen wie „Rottrom“ und „Koi ver-rot!“ empfangen hätten. Ein Polizeibeamter habe ihn im „Wider“ nach Waffen durchsucht. Als er wieder in den Saal kam, habe Dürrschnebel mit einem Stuhlbein auf ihn eingeschlagen. Ingesamt habe er fünf Schläge bekommen. D. widerspricht dem Zeugen und versichert, er sei mit ihm nicht in Berührung gekommen.

Zeuge Stöber, der ebenfalls der Nationalsozialistischen Partei angehört, bestätigt im wesentlichen die Ausführungen Ansel. Ent-gegen einer früheren Angabe vor der Polizei gibt er heute an, daß Hoffmann ein Bierglas gegen Ansel geworfen habe.

Der Anklagegelehrter erachtet die Angeklagten schuldig und bean-tragt gegen D. vier Monate Gefängnis, gegen S. eine Gefängnis-strafe von nicht unter drei Monaten Gefängnis.

Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Schön, verweist auf Mängel des Schnellverfahrens und auf Widersprüche in den Zeugenaussagen. Er hätte es begrüßt, wenn auch Zeugen, die poli-tisch den Angeklagten nahesteht, geladen worden wären und nicht nur solche der Gegeenseite. In erster Linie plädierte der Verteidiger auf Freisprechung.

Das Gericht verurteilte Dürrschnebel wegen in Tateinheit mit erschwerter Körperverletzung begangener Zuwiderhandlung gegen

die Verordnung des Reichspräsidenten vom 25. Juli 1930 zu drei Monaten zwei Wochen Gefängnis, Hoffmann wegen Körperver-letzung zu zwei Monaten zwei Wochen Gefängnis. Das Gericht ge-langte zu der Überzeugung, daß es sich bei dem Vorfall um eine offenbar planmäßige Störung der nationalsozialistischen Versamm-lung durch die Angeklagten handelte. Das bei dem Angeklagten Dürrschnebel beschlagnahmte Messer wurde eingezogen. Wegen Flucht- und Verdunkelungsgefahr erging gegen beide Angeklagte Haftbefehl.

Gemeindepolitik

Gemeinderatsbeschlüsse

Grünwettersbach
Einstimmiger Gemeinderatsbeschluss zur Beilegung des loka-len Röhrlens-Brunnens in der Nähe unseres Rathauses auf Grund einer näheren Wasserprüfung des Lebensmittelprüfungs-amts Karlsruhe, sowie des aufstehenden Tierarztes. Das Wasser aus einer Quelle mit verschiedenem Zusatzen darf weder für Menschen noch für Tiere fernherin abgeben werden. Das Be-legung dieses Brunnens allenthalben, insbesondere aber in der Nachbarschaft Reunrathaus herzurufen, ist übermäßig berechtigt. Wer gegen die Gesundheitsbehörde gegen das Wasser Bedenken hat, so müssen wir uns fügen. Unsere Wasserleitung besteht über 30 Jahre und wenn nicht angeführte Gründe es veranlaßt hätten, wäre dieser Brunnen als einziger im Orte bestimmt nicht abge-haut worden. Das Untersuchungsverfahren ist bereits seit zwei Jahren.

Zu dieser Sache ist eines zu bemerken: Ein bürgerlicher Gemein-de-rat namens F. hat ansehend ein schwaches Gedächtnis, sonst könnte er in der Öffentlichkeit nicht behaupten, daß er seine Zu-stimmung zu der Beilegung des Brunnens nicht gegeben hat. Es ist dies natürlich nur Wahlmaske seitens dieses Herrn. Er hat nicht den Mut, zu seiner Sache zu stehen.

Gemeindewahlkampf

Was bürgerliche Zerrissenheit nicht vermag, das schafft sozialdemokratische Einigkeit

Bei der am 30. Oktober abgelaufenen Frist zur Einreichung der Wahlvorschlüsse zu den Kommunalwahlen in Leutesheim ist nur der Wahlvorschlusse der sozialdemokratischen Partei eingegangen. Es zeigt doch von großem Vertrauen für unsere rote Gemeindevverwaltung, wenn man für vier Jahre das Wohl und Wehe der Gemeinde unserer Partei überläßt. Daß aber nur im Interesse der Allgemeinheit gelegene Gemeindepolitik ge-trrieben wird, dafür spricht der Name unseres verehrten Bürgermeis-ters Genosse Sängler.

Die ganze Gemeindevertretung besteht mit dem Herrn Bürger-meister aus 43 Genossen, was für unsere Partei als großer Erfolg gemertet werden kann.

Reichenbach

Am Sonntag nachmittags, 2. November, fand in der „Krone“ un-tere öffentliche Versammlung zu den Gemeinde-, Bezirks- und Kreiswahlen statt. Der Besuch war gut. Besonders auffallend

war es, daß auch von Zentrumsmännern unsere Verammlung be-sucht war, da dieselben sonst stets untern Verammlungen fern-blieben. Genosse Bezirksrat Dänle-Exentrol hielt ein sehr inter-essantes und ausführliches Referat über die Bedeutung der Gemein-de-wahlen. Allgemeiner Beifall lohnte das über eine Stunde dauern-de Referat. In der Diskussion meldete sich von der Gegeenseite niemand und es ist anzunehmen, daß alle Besucher mit den Refe-rien einverstanden waren. Ein Genosse von hier äußerte sich im Sinne des Referenten. Im Schlußwort meldete die Anwesenden auf, sich als Beifall von den Seiten zu erheben. Die Antrage wurde lebhaft ange-nommen, worauf sich der Redner bedankte.

Zum Schluß richtete der Redner noch die Aufforderung an die Anwesenden, die Gemeindevahlen am 16. November eifrig und redlich ohne persönliche Angriffe durchzuführen zum Wohle der Ge-meinde.

Zur Gemeindevorordnetenwahl und Gemeinderatswahl in Gengenbach

find die Wahlvorschläge veröffentlicht worden. Demnach sind die Gemeindevorordnetenwahl sechs gültige Wahlvorschlagslisten eingereicht worden. Liste 1: Zentrumspartei. Liste 2: Sozialdemo-kratistische Partei, Liste 6: Rote Arbeiterliste — Kommunistische Par-tei (auf dieser Liste stehen nur zwei Namen), Liste 11: Freie Bau- und gewerbetreibende, Liste 12: Christlich-sozialer Reichspartei und Liste 13: Bürgervereinsliste 1922. Für die Gemeindevorordneten-wahl sind die Kommunisten keine Liste eingereicht. Jedenfalls hat die Unterabteilung geleht.

Man sieht, so wie das Bürgerium, ist auch die Arbeiterpartei zer-schüttelt. Das Bürgerium gibt drei Listen heraus, von der Arbeit-erschaft sind auch drei Wahlvorschläge vorhanden. Wenn auch man die von der Sozialdemokratie ausgeben, man könne getrennt man-schieren und vereint schlagen, so wissen wir nur zu gut, wie es aus-sieht, wenn es sich nicht tun lassen kann, abstimmen kommt. Es geht auch hier wie anderwärts zu, die, wenn ihre persönlichen Ange-legenheiten durchgehen, eine neue Partei gründen, mit denen Ge-nerale dann durchgehen wollen, was ihnen am nächsten liegt. Das ge-ht der Gemeindegemeinschaft, dienlich oder zum Schaden ist, ist ihnen gleich-gültig.

Die beiden Bürgervereinslisten liegen sich jetzt schon in den Haaren, was aus einer Auslegung im Interimsteil des Kreis-boten hervorgeht. Man bekommt jetzt schon einen Vorbezug über die fünfjährige Gemeindeparlamentarierarbeit. Die Differenzen sind wie erwartet, keine Wahlvorschläge eingereicht. Ihre Wähler sind der Reichstagswahl sind in die bürgerlichen Parteien untereinander eingereicht worden.

Oberkirch

Nun hat auch hier der Wahlkampf zu den Gemeindevahlen be-gonnen. Für naive Gemüter klingt das etwas unbedeutend. Doch wenn man das Zentrumblatt vom Freitag in der Hand nimmt, werden auch sie eines anderen belehrt. Wenn man die-jelebe Zeitung am 25. Oktober las, daß dadurch, daß eine gemein-degemeinsame Liste zwischen Zentrum, Bürgervereinsliste, Reichspartei und Volksdienst zustande gekommen sei, dem Frieden im Ort einmühsamer Oberkirch mehr gedient wäre, als wenn es um die Wahlkampf zwischen so vielen Parteien läme. Das ist doch nicht und menschlich gedacht! Um so verunnehmlicher ist es, daß gerade von dieser Seite der Anfang zum Wahlkampf gemacht wird. Wir scheuen diesen nicht und so wollen wir uns einmal mit Auslassungen von bürgerlicher Seite etwas näher ansehen. Die-jelebe es am Anfang u. a.: „Daß doch die Vereinte Bürgerpartei die meisten Wähler darauf Rücksicht genommen, daß alle Bevölkerungs-kreise vertreten sind.“

Dazu muß gesagt werden: Wenn auf einer Liste von 75 Kandidaten kaum ein Bäderbühnen Arbeiter sind, alles andere Geschäfte, Fabrianten und Fabrikanten, dann kommt einem unwillkürlich der Gedanke: Gibt es denn in Oberkirch so wenig Arbeiter? Gibt der Arbeiter den Bürgerlichen so wenig?

Weiter heißt es: „Aus diesem Grunde haben sich die bürgerlichen Parteien zu einer Liste vereinigt und alles Trennende beseitigt.“ Viele Einigkeit besteht aber tatsächlich doch nur aus dem Namen, denn es herrscht in der Reihen der „Vereinigung“ Wüstungen. Wenn es dann weiter heißt, daß der Klassenkampf der Arbeiter nicht durch den Wahlkampf zwischen so vielen Parteien läme. Das ist doch nicht und menschlich gedacht! Um so verunnehmlicher ist es, daß gerade von dieser Seite der Anfang zum Wahlkampf gemacht wird. Wir scheuen diesen nicht und so wollen wir uns einmal mit Auslassungen von bürgerlicher Seite etwas näher ansehen. Die-jelebe es am Anfang u. a.: „Daß doch die Vereinte Bürgerpartei die meisten Wähler darauf Rücksicht genommen, daß alle Bevölkerungs-kreise vertreten sind.“

Doch darin gehen wir mit dem oder den Artikelverfassern einig, daß es mit der Kritik und mit leeren Gerüchten und halbfalschen Aussagen nicht getan ist.“ Denn das hat ja die Gemeindevahlen in Oberkirch in den letzten vier Jahren zur Genüge bewiesen. Es ist in dieser Zeit vieles gegen das Allgemeinwohl geschehen worden! Selbstverständlich werden wir bei künftiger Gelegen-heit auf diese Fehler hinweisen.

Dann kommt etwas ganz besonderes: „Uniere Gemeindevahlen sind da erst recht erste und verantwortungsbewusste Männer der Rathhäuser und keine Schreiber und Anfänger.“ Das klingt gerade so, als wenn die Kandidaten der Bürgerlichen die Kommunalpolitik mit der Muttermilch aufgenommen hätten.

Jedenfalls sollte man doch den anderen Parteien nicht auf die-seidete Art und Weise den Willen zur sachlichen Mitarbeit im Gemeindevorparlament absprechen wollen. Auf den denkenden Arbeiter macht der oben angeführte Artikel keinen guten Eindruck, wie laut der Volksmund: „Eigenlob stinkt!“

Sofortlich merkt die schaffende Bevölkerung Oberkirchs dies gibt am 16. November den Kandidaten der Liste 2, Sozialdemo-kratistische Partei, Gelegenheit, in den nächsten vier Jahren zu beweisen, daß auch sie in der Lage sind, in der Kommunalverwaltung ein-praktisches für das Allgemeinwohl zu leisten!

Eigersweier

Die Listen zur Gemeindevahlen sind nun eingereicht. In der Liste vier, gegenüber zwei bei der letzten Gemeindevahl. Interessant dürfte der Kampf deshalb werden, weil sich die Zentrumspartei spalten hat. Dabei wurde eine weitere Liste der Bürgerlichen ein-gereicht. Nebenbei wurde die Liste der Kommunisten eingereicht. Die richtigen Männer stehen an der Spitze. Die sozialdemokratischen werden aber nicht zurücktreten und wenn vernünftige Kleinbauer, Kleinhandwerker und Arbeiter denkwürdig, so kann er am 16. November nur Liste 2 wählen!

MAGGI'S SUPPEN

1 Würfel für 2 Teller vorzügliche Suppe nur 13 Pfg.

bieten Gewähr für Qualität